



Geschäftsstelle „Forum Recht“
Pirmasenser Straße 4, 76187 Karlsruhe

Presseinformation

zum Pressegespräch „Machbarkeitsstudie Forum Recht“ am 4. Dezember 2017

Recht reflektieren und die Demokratie im Dialog stärken

Machbarkeitsstudie Forum Recht Karlsruhe an Bundestag übergeben / Informations- und Kommunikationszentrum mit deutschlandweiter Ausrichtung soll entstehen / Bau auf dem Areal des Bundesgerichtshofs Karlsruhe möglich / Gründungsorganisation in Verantwortung des Bundes empfohlen

Einen Ort, der Errungenschaften, Herausforderungen und relevante Fragen des demokratischen Rechtsstaats engagiert und spannend thematisiert, gibt es bislang in Deutschland nicht. Aber es ist höchste Zeit, einen solchen Ort zu schaffen, denn das Bewusstsein um die freiheitssichernde Wirkung unseres Rechtsstaats und seiner demokratischen Institutionen ist heute nicht mehr so stark wie es einmal war. Deshalb setzen sich Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik, Justiz und Medien sowie von Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof und Bundesanwaltschaft für ein Forum Recht in Karlsruhe ein. Auch die Stadt Karlsruhe unterstützt das Vorhaben. Wie das Forum Recht aussehen kann, was dort thematisch zur Diskussion gestellt werden sollte und wie sich dies baulich und stadtplanerisch realisieren lässt, zeigt die dreiteilige Machbarkeitsstudie, die am 4. Dezember im Bundesgerichtshof in Karlsruhe vorgestellt wurde. Erstellt haben sie das Institut für Zeitgeschichte IfZ, München – Berlin (Inhaltskonzept), das Büro bogner-knoll, Wien, und die Projektgesellschaft TRIAD, Berlin (Gestaltungsstudie), sowie der Architekt Professor Wolfgang Grether, Karlsruhe (Baustudie).

Demnach soll ein physisch-reales wie virtuelles Informations- und Kommunikationszentrum entstehen - mit Ausstellungen, Diskussionen, simulierten Gerichtsverhandlungen und Gamifikation-Angeboten. Realisiert werden soll ein Neubau, der als physische Räume InfoCenter, Diskursraum, Reflexions-, Produktions- und Präsentationszone sowie zwei Ausstellungsbereiche unter einem Dach vereint. Aber das Forum Recht will seine Aktivitäten nicht auf Karlsruhe



Geschäftsstelle
„Forum Recht“
Elke Susanne Sieber M.A.

Pirmasenser Straße 4
76187 Karlsruhe
geschaefsstelle@forum-recht-karlsruhe.de

Telefon +49 721 1708780
Fax +49 721 1708779
Mobil +49 172 7810800

beschränken, sondern durch einen virtuellen Vermittlungs- und Diskussionsraum im ganzen Bundesgebiet wirken und so multilokale Präsenz zeigen. Angedacht sind Kooperationen mit Partnerinstitutionen im ganzen Bundesgebiet. In Karlsruhe sollen Module entwickelt und erprobt werden, die auch in anderen Städten oder an anderen Orten des Rechts angeboten werden können.

Gebaut werden könnte das Forum Recht auf dem Areal des Bundesgerichtshofs (BGH), im Zentrum Karlsruhes. Das Grundstück befindet sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg. Möglich sind laut Machbarkeitsstudie ein Solitärgebäude oder eine Blockrandbebauung mit einer maximalen Bruttogeschossfläche von rund 12.000 Quadratmetern. Vorgesehen ist ein öffentlicher Architekturwettbewerb. „Ein Forum Recht an der städtebaulich wichtigen Stelle am Karlstor wäre ein architektonisches Highlight für Karlsruhe“, betont Wolfgang Grether.

Zielgruppen und Themen des Forums Recht

Eine wichtige Zielgruppe des Forums Recht sind Schüler, Auszubildende und Studierende, aber auch Familien, in- und ausländische Organisationen der Zivilgesellschaft und Fachpublikum. Angesprochen werden sollen Menschen aus unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen. Thematisch im Zentrum stehen Grundbegriffe und -probleme des Rechtsstaats, die Geschichte des Rechts in Deutschland, Kernfragen der Demokratie oder auch Kulturen und Gestalter des Rechts. Dabei ist zentraler Betrachtungsgegenstand und Ausgangspunkt für alle Fragestellungen immer die Gegenwart. Je nach Interesse können sich die Besucher mit aktuellen Themen auseinandersetzen: etwa mit der Auswertung von Videoüberwachung, der Vorratsdatenspeicherung, der Abschaffung des Bargelds, der Versammlungsfreiheit oder der Kopftuchdebatte. Das Forum Recht will schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren können. Dabei sollen Inhalte und Produktionen der physischen Räume immer in Wechselbeziehung stehen zu Inhalten und Diskussionen im virtuellen Raum. „Der historische Blick auf den Rechtsstaat kann neue Perspektiven auf aktuelle Debatten erschließen“, sieht Prof. Dr. Magnus Brechtken, Stellvertretender IfZ-Direktor, die Rolle des Forums Recht auch darin, Fakten zu liefern für Debatten.

Gründungsorganisation empfohlen

Die Machbarkeitsstudie empfiehlt, baldmöglichst eine unabhängige Gründungsorganisation in Verantwortung des Bundes zu installieren, um die notwendigen politischen, konzeptionellen, medialen und organisatorischen Aufgaben anzugehen. Baubeginn für den Hochbau könnte

laut Machbarkeitsstudie im Jahr 2020 sein, Eröffnung im Frühjahr/Sommer 2023. Die Autoren der Studie rechnen mit 75 Millionen Euro Grobkosten für Bau und Ausstattung. Angedacht für das spätere Forum Recht sind zurzeit 30 bis 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - beispielsweise Museumspädagogen, Wissenschaftler oder Moderatoren.

Beitrag zur Demokratiebildung

„Wir brauchen einen Ort, an dem sich die Menschen darüber informieren können, wie sich der Rechtsstaat entwickelt hat, wie er funktioniert. Einen Ort, an dem sich Recht und Rechtsstaatlichkeit als unabdingbare Faktoren der demokratischen Gesellschaft erleben lassen“, macht sich Dr. Ulrich Maidowski, Richter am Bundesverfassungsgericht, stark für ein Forum Recht, das vor allem Diskussionsort sein soll – ein Beitrag zur Demokratiebildung. Hier sollen die Besucher nicht nur etwas mitnehmen, sondern auch etwas einbringen können: Fragen, Kritik, Ideen oder Anliegen. „Unsere Alltagserfahrung als Richter ist, dass die Menschen mit uns über Recht reden wollen, dass sie Botschaften loswerden wollen“, so Maidowski.

Machbarkeitsstudie an Deutschen Bundestag übergeben

Am 22. November hatten Dr. Frank Mentrup (Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe), Prof. Dr. Günter Hirsch (Präsident des Bundesgerichtshofs a.D.), Ullrich Eidenmüller (ehemaliger Bürgermeister der Stadt Karlsruhe) und Daniel Wensauer-Sieber (Initiativkreis Forum Recht) die ersten Exemplare der Machbarkeitsstudie offiziell an den Deutschen Bundestag in Berlin übergeben. Entgegengenommen wurden sie von den Bundestagsabgeordneten (alphabetisch) Dr. Johannes Fechner (SPD), Axel E. Fischer (CDU), Klaus-Dieter Gröhler (CDU), Carsten Körber (CDU), Renate Künast (Grüne), Michael Theurer (FDP) und Ingo Wellenreuther (CDU). In Auftrag gegeben hatte die Studie der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags im vergangenen Jahr. „Nachdem der Initiativkreis meiner Einladung zur Übergabe der Machbarkeitsstudie an den Bundestag gefolgt war, liegt der Ball nun beim Parlament. Wir werden die Studie genau prüfen und dann die nötigen Schritte unternehmen, um die weitere Realisierung voranzubringen. Es freut mich, dass diese Idee von einer fraktionsübergreifenden Begeisterung getragen wird,“ erklärte der Bundestagsabgeordnete Carsten Körber (CDU) in einer schriftlichen Botschaft zum Pressegespräch.

Ingo Wellenreuther sagte: „Karlsruhe wäre der ideale Standort für das Forum Recht, zumal das Projekt in der Stadt einen breiten Rückhalt genießt. Im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages soll es bald eine Grundsatzentscheidung zum Forum Recht geben, daneben

sind einige Fragen wie die Rechtsform des Projekts zu klären. Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen werde ich mich weiter gerne dafür einsetzen, dass das Forum Recht nach Karlsruhe kommt.“

Historischen Sitzungssaal einbinden

„Ein Neubau auf dem Areal des Bundesgerichtshofs würde die einmalige Chance bieten, einen unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Sitzungssaal des BGH in das Forum Recht einzubinden“, unterstreicht BGH-Präsidentin Bettina Limperg. An diesem authentischen Ort des Rechts, wo viele wichtige Prozesse – etwa gegen die RAF – geführt wurden, könnten Gerichtsverhandlungen simuliert oder nachgespielt werden. Vom Areal des Bundesgerichtshofs aus fußläufig zu erreichen ist das Bundesverfassungsgericht und auch die Bundesanwaltschaft liegt nur wenige Straßenbahn-Minuten entfernt. „Karlsruhe ist wie kaum ein anderer Ort geeignet als Standort für ein Forum Recht“, erinnert Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup daran, dass die Stadt seit über 60 Jahren in besonderer Weise für den modernen, demokratischen Rechtsstaat steht. Denn Karlsruhe ist Sitz wichtiger Rechtsinstitutionen, Straßburg mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte liegt in der Nähe und auch der Europäische Gerichtshof in Luxemburg ist gut erreichbar. Außerdem findet in Karlsruhe jährlich das Verfassungsgespräch mit überregionaler Ausstrahlung statt und hier ist die Justizpressekonferenz angesiedelt, ein Zusammenschluss von Fachkorrespondenten und Redaktionen aus ganz Deutschland, die über die Praxis des Rechtsstaats an Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof und Bundesanwaltschaft berichten.

Unterstützerverein für Forum Recht

Bis zum Frühjahr nächsten Jahres will der Initiativkreis „Forum Recht“ einen Unterstützerverein mit deutschlandweiter Ausrichtung gründen. „Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben uns bereits signalisiert, dass sie die Gründung eines Forums Recht für sehr wichtig halten. Mit dem Verein wollen wir nun eine Plattform schaffen, die Unterstützern und Unterstützerinnen die Möglichkeit gibt, ihrem Einsehen für den Rechtsstaat sichtbar Ausdruck zu verleihen“, erklärt Elke Susanne Sieber vom Initiativkreis Forum Recht. „Wir freuen uns sehr über das viele positive Feedback, das wir schon erhalten haben – auch und gerade aus der Zivilgesellschaft.“

Die Machbarkeitsstudie steht zum Download bereit auf www.forum-recht-karlsruhe.de (Materialien)

Institut für Zeitgeschichte

Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ, München - Berlin) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, welche die gesamte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in ihren europäischen Bezügen erforscht. Das Arbeitsspektrum gliedert sich in die Schwerpunkte Diktaturen im 20. Jahrhundert, Demokratien und ihr historisches Selbstverständnis, Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte sowie Internationale und transnationale Beziehungen. Das IfZ ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird vom Bund und den Ländern finanziert. www.ifz-muenchen.de

Büro bogner.knoll

Das Büro bogner.knoll (Wien) hat sich national wie international als Spezialist für Museumsplanung und Ausstellungskonzeption etabliert. bogner.knoll leitet und begleitet die Planung und Errichtung von Museumsbauten, die kuratorische Betreuung der Neuaufstellung von Sammlungen sowie inhaltliche Entwicklung und organisatorische Umsetzung von Ausstellungsprojekten von der ersten Idee bis zur Eröffnung. Auftraggeber sind Städte, Museen, Kulturministerien, Stiftungen, private Trägervereine, Architekten, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen. www.bogner-knoll.at

Projektgesellschaft TRIAD

TRIAD (Berlin/Shanghai) ist eine Kreativagentur für Kommunikation im Raum, die weltweit Ausstellungen, Museen, Themenparks, Messen, Markenwelten, Retail Spaces und Events gestaltet und realisiert. TRIAD versteht sich als Think & Do-Tank, der Geschichten in Räume übersetzt - und Information in Emotion. www.triad.de

Prof. Wolfgang Grether

Der Architekt Prof. Dipl.-Ing. Wolfgang Grether war zunächst Projektleiter in einem renommierten Karlsruher Büro, ab 1985 dann in der Staatlichen Hochbauverwaltung Baden-Württemberg tätig, unter anderem Leiter des Amtes Freiburg im Landesbetrieb Vermögen und Bau sowie zuletzt Leiter des Staatlichen Hochbauamtes Karlsruhe. Ab 1991 Lehraufträge an der Universität Karlsruhe und an der Hochschule für Technik Stuttgart und seit 2013 Honorarprofessor an der Architekturfakultät des Karlsruher Instituts für Technologie. Mitglied des Vorstands der Kammergruppe Karlsruhe der Architektenkammer Baden-Württemberg.

PRESSEKONTAKT

Forum Recht in Karlsruhe
Ehrenamtliche Koordinierungsstelle des Initiativkreises
Pirmasenser Straße 4
76187 Karlsruhe

Telefon: +49 721 170 878 0
Telefax: +49 721 170 877 9
E-Mail: info@forum-recht-karlsruhe.de